

tung zu übernehmen, wogegen der Okkupationskredit um ebensoviel herabzumindern wäre.

Die Konferenz erklärt sich mit dieser Modalität einverstanden, und nachdem gegen die Einstellung der weiteren in suspenso belassenen Kosten keine Einwendung erhoben wird, erscheint rücksichtlich aller Voranschläge für die gemeinsamen Angelegenheiten eine vollständige Einigung erzielt.

Was den Termin für den Zusammentritt der Delegationen anbelangt, so sprechen sich die beiden Ministerpräsidenten über Aufforderung des Vorsitzenden übereinstimmend dahin aus, daß Sr. Majestät die Einberufung der Delegationen etwa für <sup>a</sup>die zweite Hälfte<sup>a</sup> September vorzuschlagen wäre.

Der Vorsitzende bringt schließlich die Frage des Ankaufes eines Palais für die Botschaft in London neuerdings zur Sprache und gibt der Konferenz von den Propositionen Kenntnis, welche diesfalls seitens der Interessenten gemacht wurden. Demnach würden sich die Ankaufskosten auf etwa 600 000 fl. belaufen.

Rücksichtlich der Beschaffung dieses Betrages <sup>b</sup>erklären sich die beiden Finanzminister damit einverstanden, daß der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay<sup>b</sup> den nötigen Betrag aus den Zinsen der gemeinsamen Aktiven vorstrecke, die entfallende Verzinsungs- und Amortisierungsquote sowie einen entsprechenden Betrag für die Instandhaltung des Gebäudes, etwa 9000 fl., wäre dann alljährlich in das Budget des Ministeriums des Äußern einzustellen. <sup>c</sup>Für die Herstellung des Sommerpalais in Jenikői wäre nach genauer Feststellung der Pläne und Kosten in analoger Weise vorzugehen, wozu die Minister schon im vorhinein die prinzipielle Zustimmung aussprechen.<sup>c</sup>

Die beiden Ministerpräsidenten erklären sich mit diesem Vorgang prinzipiell einverstanden.

Die Sitzung wird sohin geschlossen.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.  
Wien, 20. Juni 1892. Franz Joseph.

## Nr. 60 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 9. Mai 1892

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. u. k. gemeinsame Minister des Äußern Graf Kálnoky (o. D.), der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (16. 5.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry (14. 6.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (17. 5.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (17. 5.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (18. 5.), der kgl. ung.

<sup>a-a</sup> Korrektur Kálnokys aus den 20.

<sup>b-b</sup> Korrektur Kálnokys aus erklärt der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay dazu bereit.

<sup>c-c</sup> Einfügung Kálnokys.

Finanzminister Wekerle (1. 6.), der k. k. Finanzminister Steinbach (15. 5.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager v. Szögyény-Marich (18. 5.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (24. 5.).

Protokollführer: Sektionsrat Jettel.

Gegenstand: Delegationsvorlagen.

KZ. 34 – RMRZ. 376

Protokoll des zu Wien am 9. Mai 1892 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen die Sitzung mit der Aufforderung zu eröffnen, über das Ergebnis der vorangegangenen Beratungen zu berichten.

Der k. u. k. Minister des Äußern Graf Kálnoky bringt zunächst zur Ah. Kenntnis, daß beschlossen wurde, die Einberufung der Delegationen für die zweite Hälfte September zu beantragen. – Was die Budgets der gemeinsamen Ministerien für das Jahr 1893 anbelangt, so sei eine vollständige Einigung erzielt worden. Die beiden Finanzminister bezeichneten von vornherein jene Summe des Mehrerfordernisses, bis zu welcher sie gehen könnten, und es ist möglich gewesen, sich innerhalb dieses Rahmens zu halten.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen sonach die Beratung über das Heeresbudget mit der Bemerkung einzuleiten, daß Allerhöchstdieselben Sich die endgiltige Schlußfassung hierüber nach nochmaliger genauer Durchsicht vorbehalten müssen.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer berichtet, daß das Heeresbudget ungefähr dieselbe Steigerung erfahren hat wie im vorigen Jahre. Mit Rücksicht auf den Standpunkt, welchen die beiden Finanzminister eingenommen haben, war es allerdings notwendig, größere Abstriche vorzunehmen. Die nötigsten Anschaffungen sind jedoch unverändert bewilligt, andere auf mehrere Jahre verteilt worden.

Den größten Abstrich erfuhr die Anforderung für eine Standeserhöhung im Mannschaftsstande der Infanterie und der Jägertruppe (Post 2 des Ordinariums), welche auf ein Viertel herabgesetzt wurde, dagegen ist es möglich gewesen, die Standeserhöhung bei den Offizieren in demselben Umfange zu erhalten wie im vorigen Jahre. Zu größeren Schwierigkeiten gab die Einstellung eines Betrages für die Anschaffung von Proviantfuhrwerken (Titel 8 des Extraordinariums) Anlaß, es ist jedoch gelungen, die volle dafür eingesetzte Ziffer zu erhalten. – Die für den Bau eines Garnisonsspitals in Budapest eingestellte Summe wurde gestrichen, weil die Frage noch nicht ausgetragen ist, wer dafür aufzukommen habe.<sup>1</sup>

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen darauf hinzuweisen, daß es unbedingt notwendig sei, hierüber endlich eine Einigung zu erzielen.

Der k. k. Finanzminister Steinbach erlaubt sich, den Stand-

<sup>1</sup> Vgl. GMR. v. 5. 5. 1889, RMRZ. 360.

punkt der k. k. Regierung in dieser Angelegenheit darzulegen. Es seien zwei Wege möglich, entweder der einer Verständigung zwischen der k. k. und der kgl. ung. Regierung über die prinzipielle Frage, oder der einer Transaktion zwischen der Kriegsverwaltung und dem kgl. ung. Ärar. Nach dem Einquartierungsgesetz<sup>2</sup> sei es nämlich nicht klar, wer für den Bau von Garnisonsspitalern aufzukommen habe.

Die beiden Reichshälften sind nur verpflichtet, Truppenspitäler herzustellen; für jene Aufgaben eines Garnisonsspitals, welche durch die Truppenspitäler nicht erfüllt werden, sei aber allerdings aus dem gemeinsamen Etat zu sorgen. Der k. k. Finanzminister spricht die bestimmte Erwartung aus, daß über das hiebei einzuhaltende Quotenverhältnis in nächster Zeit eine Verständigung zustande kommen werde. Solange aber die prinzipielle Frage nicht klargestellt ist, würde in der Aufnahme einer Post zum Zwecke der Erbauung eines Garnisonsspitals in Budapest in das gemeinsame Budget für das k. k. Ärar ein bedenkliches Präjudiz liegen.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen bei diesem Anlasse auf das Bedürfnis einer Verständigung über die Frage hinzuweisen, welche Arten von militärischen Bauten überhaupt aus gemeinsamen Mitteln herzustellen sind.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer hält die Modalität einer Transaktion für ausgeschlossen, da kein geeignetes Kompensationsobjekt zur Verfügung stehe; es sei deshalb sehr wünschenswert, sobald als möglich eine Einigung über die prinzipielle Frage zu erzielen, damit im nächsten Jahre mit dem Bau begonnen werden könne.

Der k. u. k. Reichskriegsminister erörtert sonach die bei den einzelnen Titeln und Posten des Ordinariums sowie des Extraordinariums des Heereserfordernisses und bei dem Okkupationskredite erfolgten Bewilligungen und Streichungen. Bezüglich der Herabminderung der Post 2 des Ordinariums, Standeserhöhung der Infanterie und der Jägertruppen, geruhen Se. k. u. k. apost. Majestät zu bemerken, daß Allerhöchstdieselben die gelegentlich der Ministerberatungen von dem kgl. ung. Finanzminister ausgesprochene Auffassung, als ob die beantragte Standeserhöhung eine Abänderung des Wehrgesetzes notwendig machen würde, nicht zu teilen vermögen.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle erlaubt sich zu erwidern, daß er der erwähnten Maßregel auch deshalb nicht zuzustimmen vermochte, weil gegenüber dem im Wehrgesetze festgestellten Rekrutenkontingente und mit Rücksicht auf die dreijährige Präsenzdienstzeit sich infolge der beantragten Standeserhöhung ein höherer Friedenspräsenzstand ergeben würde.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen diesfalls zu bemerken, daß es in der nächsten Zeit jedenfalls notwendig sein werde, das Rekrutenkontingent zu erhöhen; die Feststellung des Rekrutenkontingentes sei übrigens nirgends anders üblich und diene eigentlich nur dazu, um zu bestimmen, wieviel Mann präsent zu dienen haben und wie viele in die Ersatzreserve einzureihen sind.

<sup>2</sup> *GA. XXXVI vom Jahre 1879 über die Einquartierung der gemeinsamen Armee (Kriegsmarine) und der Landwehr. MAGYAR TÖRVÉNYTÁR 1879–1880 148–178.*

Bei Titel 9 des Extraordinariums – Anschaffung tragbarer Zelte – berichtet der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer, daß auf Wunsch der beiden Finanzminister diese Anschaffung auf eine längere Reihe von Jahren verteilt worden sei. Mit der für 1893 bewilligten Summe von 360 000 fl. werde vorläufig die Anschaffung von 40 000 Zelten ermöglicht. Die Kriegsverwaltung kann sich vorläufig mit dieser Ziffer insofern zufrieden geben, als die Fabrik zur größeren Erzeugung in Betrieb gesetzt werden kann und da ohnehin nicht die Absicht bestehe, die Zelte sofort an die Mannschaft hinauszugeben, sondern dieselben vorläufig in Magazinen unterzubringen.

Der k. k. Finanzminister Steinbach erlaubt sich, darauf hinzuweisen, daß in den nächsten Jahren, sobald die weiteren Anforderungen für Gewehre und Pulver sich herabmindern oder ganz wegfallen, zum Zwecke der Anschaffung von Zelten größere Beträge werden eingestellt werden können.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen zu bemerken, daß jedenfalls Vorsorge getroffen werden müsse, um im Bedarfsfalle die Lieferung der nötigen Anzahl von Zelten sicherzustellen.

Bei Titel 19 Beschaffung transportabler Isolierbaracken für Infektionskranke ergibt sich die Differenz, daß der angeforderte Betrag bei den Ministerberatungen gestrichen wurde, während derselbe in die Gesamtsumme des Mehrerfordernisses einbezogen worden ist.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer hat diese Post als nicht gestrichen vorgemerkt und bezeichnet es als sehr wünschenswert, dieselbe zu belassen.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen zu entscheiden, daß diese Post, falls sie tatsächlich in der Gesamtsumme des Mehrerfordernisses inbegriffen ist, als bewilligt anzusehen sei. Die Streichung der Anforderung für die Errichtung einer fünften Militär-Unterrealschule in Marburg, Titel 46 des Extraordinariums, veranlaßt Se. k. u. k. apost. Majestät zu der Bemerkung, daß es sehr wünschenswert wäre, mit Rücksicht auf die zahlreichen Offizierskinder, welchen keine deutsche Schule zur Verfügung stehe, diesem Bedürfnisse abzuhelfen. Eine Liste sämtlicher im Ordinarium bewilligten Mehranforderungen sowie der im Extraordinarium bewilligten Titel und Posten ist diesem Protokolle sub A und B angeschlossen. Es ergibt sich daraus, daß der Gesamtbetrag der Mehrforderungen im Heeresbudget gegenüber der im vorigen Jahre bewilligten Summe samt den Nachtragskrediten sich auf 3 551 594 fl. beläuft.

Mit Hinzurechnung des Mehrerfordernisses bei der Marine im Betrag von 451 778 fl. und bei dem Ministerium des Äußern im Betrage von 3400 fl. stellt sich ein Mehrerfordernis von 4 006 772 fl. und nach Abzug des Mindererfordernisses beim gemeinsamen Finanzministerium per 17 642 fl. und beim gemeinsamen Obersten Rechnungshofe per 1470 fl. ein Gesamtmehrerfordernis von 3 987 660 fl. heraus.

Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck berichtet sohin, daß die Mehranforderung im Marinevoranschlage gegenüber der Bewilligung für 1892 449 966 fl. beträgt.

Die Herabminderung des präliminierten Betrages auf diese Summe wurde

hauptsächlich dadurch erzielt, daß die Ratenzahlungen für einige im Bau begriffene Schiffe auf mehrere Jahre verteilt worden sind. So wurde der für die Adaptierung der „Custoza“ eingestellte Betrag um 30 000 fl., die erste Rate für den Bau des Küstenverteidigungsschiffes B um 150 000 fl., die vierte Rate für den Rammkreuzer C um 100 000 fl. reduziert. Es wurde jedoch kein Schiffbau ganz gestrichen. Auch der Bau der Monitore „Körös“ und „Szamos“ schreite fort und könne der letztere bereits im nächsten Jahre armiert werden.

Der k. u. k. Minister des Äußern Graf Kálnoky berichtet sohin über das Budget des Ministeriums des Äußern und teilt mit, daß die für die Adaptierung des Sommerpalais in Jeniköi eingestellte Summe gestrichen, die beantragte Aufbesserung der Konsulargehalte aber mit Rücksicht auf die finanzielle Situation verschoben worden sei. Für die Herstellungen an dem Palais in Jeniköi sowie für den Ankauf eines Botschaftspalais in London werde übrigens mit Zustimmung der beiden Ministerpräsidenten in der Art gesorgt werden, daß ein entsprechender Betrag aus den gemeinsamen Aktiven vorgestreckt und in das Budget des Ministeriums des Äußern der für Amortisierung und Verzinsung dieses Vorschusses entfallende Betrag eingestellt wird.

Der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay berichtet über die Budgets des gemeinsamen Finanzministeriums und des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes sowie über das Budget für Bosnien und Herzegowina und fügt hinzu, daß beide Regierungen diesen Budgets ohne Änderung zugestimmt haben.

Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen Sich bei dieser Gelegenheit nach dem Stande der Verhandlungen bezüglich des Bahnbaues Janijci–Bugojno–Jajec zu erkundigen.

Die beiden Ministerpräsidenten erlauben sich mitzuteilen, daß die bezüglichen Vorlagen bereits eingebracht wurden und jedenfalls noch in der laufenden Session zur Erledigung gelangen werden.

Nach den gefaßten Beschlüssen stellt sich das Ordinarium des Heeres auf	107 374 863 fl.
das Extraordinarium auf	16 126 965 fl.
der Okkupationskredit auf	3 612 000 fl.
das Ordinarium der Kriegsmarine auf	9 688 280 fl.
das Extraordinarium auf	2 289 400 fl.
der Voranschlag des Ministeriums des Äußern, u. zw.:	
im Ordinarium auf	3 493 900 fl.
im Extraordinarium auf	35 400 fl.
der Voranschlag des gemeinsamen Finanzministeriums im Ordinarium auf	2 010 800 fl.
der Voranschlag des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes auf	126 440 fl.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.  
Wien, 20. Juni 1892. Franz Joseph.

**Nr. 60a Verzeichnis der im Ordinarium des Heeresvoran-schlages für das Jahr 1893 bewilligten Mehranforderungen, o. D.**

Beilage zum GMRProt. v. 9. 5. 1892, RMRZ. 376

Post		Mehr-	Minder-
		erfordernis gegen	
		1892	
		Gulden	
2a	Standeserhöhung der Infanteriekompanien um je 1 Korporal, 2 Gefreite und 6 Infanteristen (bei 25 Regimentern)	553 490	
2b	Präliminierung des Erfordernisses für 1150 Zöglinge der Kadettenschulen, zu dessen Deckung bisher bei den Truppen ebensoviele Soldaten niederster Soldklasse abgängig geführt werden mußten	160 056	
3	Mehrerfordernis für die in der Privatbenützung befindlichen Kavalleriereitpferde	117 005	
4	Aufstellung von fünf Kadern für mobile Belagerungs-batteriegruppen	28 283	
5	Umwandlung zweier Genie- in Pionierbataillone	27 151	
6	Aufstellung von 5 neuen Traineskadronen	54 269	
7	Aktivierung von Regimentsoffiziersschulen bei der Train-truppe	4 600	
9	Mehrerfordernis infolge der größeren Zahl der zur Waf-fenübung einzuberufenden Reserveoffiziere	63 000	
10	Standeserhöhung des Remontendepots in Nagy-Daád-Sári um 72 Remonten und 5 Pferdewärter	1 297	
11	Aufstellung eines neuen Remontendepots	52 466	
13a	Vermehrung des Zöglingsstandes in der Artilleriekadetten-schule	13 732	
14	Standesvermehrung der Monturverwaltungsanstalten um 4 Werkmeister	2 959	
15	Mehrerfordernis infolge der teilweisen Besetzung der im militärärztlichen Offizierkorps bestehenden Abgänge	106 367	
18	Mindererfordernis infolge der Verminderung des Standes der Invaliden in der Lokoverpfelegung, bei Kombinierung mit sonstigen kleinen Differenzen		4 816
20	Mehrerfordernis für Brieftaubenstationen	1 500	
22	Mehrerfordernis für größere bauliche Herstellungen und Ameliorierungen	100 000	
24	Präliminierung der Brot- und Futterzubußen	165 000	
26	Mindererfordernis im Titel XXII „Naturalienverpfle-gung“ infolge Rückganges der dem Voranschlage zugrunde gelegten Naturalien-Durchschnittspreise		18 345
27	Mehrerfordernis im Titel XXIII „Mannschaftskost“ infolge der eingetretenen Preissteigerung	75 937	

Post		Mehr-	Minder-
		erfordernis gegen 1892	
		Gulden	
28	Mehrerfordernis an Unterkunftsauslagen infolge der seit dem 1. Jänner 1891 stattgehabten Änderungen in den Bequartierungsverhältnissen	193 628	
29	Mehrerfordernis infolge der geringeren Ersparung durch administrative Maßregeln	359 014	
	Zusammen die Erhöhung des Bruttoerfordernisses	2 759 754	23 161
	Hiezu:	2 736 593	
	Das Mehrerfordernis infolge der Verminderung der eigenen Einnahmen um	247	
	Daher ergibt sich die Erhöhung des Nettoerfordernisses	2 736 840	

**Nr. 60b Verzeichnis der im Extraordinarium des Heeresvoranschlages für das Jahr 1893 bewilligten Titel und Posten, o. D.**

Beilage zum GMRProt. v. 9. 5. 1892, RMRZ. 376

Titel	Post		Gulden
1	3	Beschaffung von Sanitätsfuhrwerken; vom Gesamterfordernisse von 246 000 fl. die erste Rate von	50 000
2	1	Zur Fortsetzung der Beschaffung von Repetiergewehren und Karabinern samt zugehöriger Munition, bei Verwendung des rauchlosen Pulvers; vom Gesamterfordernisse von 9 772 300 fl. die dritte Rate von	2 000 000
	2	Beschaffung von Brisanzgeschossen für die stahlbronzenen Belagerungsgeschütze	100 000
	3	Umwandlung des Materials der reitenden Batterien bei Annahme des 9-cm-Kalibers für dieselben	100 000
	4	Verstärkung der Armierung einiger fester Plätze durch Geschütze neuer Konstruktion	500 000
	5	Einführung eines rauchlosen Pulvers bei den Handfeuerwaffen und Feldgeschützen; vom Gesamterfordernisse von 11,4 Millionen Gulden die dritte Rate von	2 500 000
3		Beschaffung zerlegbarer Eisenbahnbrücken für die Ausrüstung der Eisenbahnkompagnien; vom Gesamterfordernisse per 400 000 fl. die dritte Rate von	100 000
4		Beschaffung von transportablen Feldbahnmaterialien	400 000
5		Beschaffung einer neuen Sprengmittelausrüstung für die technischen Truppen; vom Gesamterfordernisse von 165 000 fl. die dritte und letzte Rate von	65 000

Titel	Post		Gulden
6		Komplettierung der im Jahre 1891 nur teilweise beschafften Augmentationsvorräte an Montur und Rüstung für die im Jahre 1890 errichteten 14 Batterien	43 460
7		Beschaffung von Trainmaterial für die Traintruppe aus Anlaß der neuen Trainorganisation; vom Gesamterfordernisse von 202 000 fl. die erste Rate von	50 000
8		Beschaffung neuer Proviantfuhrwerke für die Truppen; vom Gesamterfordernisse von 1 824 700 fl. die erste Rate von	912 350
9		Anschaffung tragbarer Zelte; vom Gesamterfordernisse von 4 200 000 fl. die erste Rate von	360 000
11		Beschaffung der Ausrüstung für den Kavallerietelegraphen und von leichten Feldtelegraphenabteilungen; vom Gesamterfordernisse von 356 500 fl. die dritte und letzte Rate von	127 000
12		Ergänzung und Dreiteilung des Eiffel(Straßen)brückenmaterials; vom Gesamterfordernisse von 93 400 fl. die erste Rate	25 000
13		Vorsorgen zum Zwecke der Erzeugung von leichten Nachschubskonserven	130 000
14		Vermehrung der Reservevorräte an Zwieback und Konserven, dann an Parkmaterial; vom Gesamterfordernisse von 1 715 000 fl. die zweite Rate von	142 000
15		Erfordernis für die Umsetzung der gegenwärtig vorhandenen Vorsichtsvorräte an Zwieback und Fleischkonserven	858 000
16		Änderung der technischen Ausrüstung der Truppenpioniere	48 000
17		Änderung der Sprengmittelausrüstung der Kavalleriepionierzüge	7 600
18		Neubau und Einrichtung von technischen Werkstätten beim Eisenbahn- und Telegraphenregimente, dann für die Ergänzung der Einrichtung der Ausrüstungsdepots dieses Regiments	30 000
19		Beschaffung transportabler Isolierbaracken für Infektionskranke	100 000
21	1	Korneuburg. Neubau eines Sprengmittelmagazins samt Wachhaus	14 300
	2	Lemberg. Neubau eines Fuhrwerksmagazins und definitive Unterbringung der Traineskadron Nr. 63, sowie des Stabes des Trainregiments Nr. 3	50 000
	3	Stanislau. Erweiterung des Verpflegsmagazins	20 000
	4	Stanislau. Neubau einer Notreitschule	15 000
	5	Josefstadt, Komorn und Temesvár. Neubau und Umbau von Backöfen bei Militärverpflegsmagazinen	30 000
	6	Beschaffung der inneren Einrichtung für neue oder adaptierte auf Grund der Einquartierungsgesetze (von Gemeinden, Privaten etc.) uneingerichtet beigestellte Kasernen, Truppenspitäler etc.	140 000



Titel	Post		Gulden
22		Erweiterung und Einrichtung von Schießplätzen	250 000
23		Maßnahmen zur Hebung der Widerstandsfähigkeit der beiden galizischen Festungen	1 000 000
25	1	Kaschau. Neubau eines Militärverpflegsetablissemments; vom Gesamterfordernisse von 575 000 fl. die zweite Rate von	130 000
	2	Galizien. Ameliorierung der im Jahre 1887/88 erbauten Barackenlager und Verpflegsbaracken, dann Ergänzung der Akzessorien; vom Gesamterfordernisse von 2 000 000 fl. die zweite Rate von	200 000
26		Tirol. Rekonstruktion und Neubau von Befestigungen zur Landesverteidigung; vom Gesamterfordernisse von 900 000 fl. die sechste Rate von	50 000
27	1	Für die Herstellung einer neuen Generalkarte von Mitteleuropa	60 000
	2	Fortsetzung der Ausführung eines Präzisionsnivelements für vier Partien	9 200
28		Erfordernis für überzählige Personen	102 000
29		Mehrerfordernis für die in Süddalmatien zur Sicherung der Grenze auf die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse erforderlichen Truppen	90 000
30		Kompletierung von 23 Infanterieregimentern auf den normalen Friedensstand	632 000
31		Überstandführung von Subalternoffizieren bei der Infanterie und Jägertruppe	530 600
(Übertragen aus Ordinarium Post 18)			
32		Ersatz für dauernd abkommandierte, zum Truppendienste nicht verfügbare Offiziere und Mannschaft	1 222 089
		Zur Forterhaltung von 1512 überkompletten Kavallerie- reitpferden und ebenso vielen Soldaten, einschließlich des Ankaufes der gegen das Vorjahre neu zuwachsenden 420 Pferde	710 000
33		Ankauf von 25 Reitpferden für jedes Kavallerieregiment, bei gleichzeitiger Abgabe ebenso vieler gerittener Pferde in die Privatbenützung	342 668
34		Zur Forterhaltung von 1548 überkompletten Artillerie- pferden und 1134 Soldaten, dann einmalige Auslagen aus Anlaß der neuerlichen Standeserhöhung	744 500
35		Vorübergehende Errichtung von Doppelkursen am Stabs- offizierskurse	17 309
36		Erfordernis für den aeronautischen Kurs	30 000
37		Einmaliges Erfordernis aus Anlaß der Standeserhöhung der Infanteriekompagnien bei 25 Regimentern	420 000
38		Erfordernis zur Erhaltung der noch durch einige Jahre fortbestehenden Ersatzkompagniekader der im Jahre 1891 in Tirolerjägerbataillone umgewandelten zwei Feldjäger- bataillone	6 000

Titel	Post	Gulden
39	Einmaliges Erfordernis aus Anlaß der Komplettierung der auf vermindertem Friedensstande gewesenen 14 Batterie-divisionen auf den normalen Friedensstand; vom Gesamterfordernisse von 940 000 fl. die zweite Rate mit	271 563
40	Einmaliges Erfordernis zur Durchführung der Reorganisation der Festungsartillerie; vom Gesamterfordernisse von 338 768 fl. die dritte Rate von	40 000
41	Beschaffung von Pferden für die Aufstellung von 5 Kadern für mobile Belagerungsbatteriegruppen; vom Gesamterfordernisse von 38 149 fl. der Teilbetrag von	22 889
42	Einmaliges Erfordernis aus Anlaß der Umwandlung zweier Geniebataillone in Pionierbataillone, dann für den Ersatz des vom Pionierregimente an die Genietruppe abgegebenen Kriegsbrücken-Übungsmaterials, endlich Erfordernis für leichte Divisionsbrückentrains	136 400
43	Einmaliges Erfordernis aus Anlaß der Errichtung von fünf Traineskadronen	38 000
44	Beschaffung von 72 Fohlen zur Erhöhung des Remontenstandes im Remontendepot zu Nagy-Daád-Sári	23 487
45	Beschaffung von 400 Fohlen für ein neu aufzustellendes Remontendepot	130 540
Zusammen das außerordentliche Erfordernis für das Jahr 1893		16 126 965

## Nr. 61 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 2. Februar 1893

*RS. (und RK.)*

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (o. D.), der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle (22. 2.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (14. 2.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (14. 2.), der k. k. Landesverteidigungsminister FZM. Graf Welsersheimb (19. 2.), der kgl. ung. Landesverteidigungsminister GdK. Freiherr v. Fejérváry (21. 2.), der k. k. Finanzminister Steinbach (o. D.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Tisza (20. 2.), der k. u. k. Chef des Generalstabes FZM. Freiherr v. Beck (15. 2.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (19. 2.).

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter v. Khu.

Gegenstand: Maßnahmen zum weiteren Ausbau unserer Wehrmacht.

KZ. 11-RMRZ. 377

Protokoll des zu Wien am 2. Februar 1893 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.